

# Nur ja keinen Konflikt mit der EU

Die Nationalratskommission will die Zuwanderungsinitiative der SVP ohne Höchstzahlen und ohne verbindlichen Inländervorrang umsetzen. Massnahmen gegen den Willen der EU schliesst die Kommission aus.

**Markus Brotschi**  
Bern

Seit zweieinhalb Jahren suchen Bundesrat, Parteien und Wirtschaftsverbände einen Weg, um die vom Volk mit 50,3 Prozent angenommene Masseneinwanderungsinitiative (MEI) umzusetzen. Parallel dazu ist der Bundesrat bemüht, sich mit Brüssel auf eine Schutzklausel zur Zuwanderungsbegrenzung zu einigen. Doch die Frist läuft am 9. Februar 2017 ab und eine Einigung mit der EU ist nicht in Sicht, weshalb das Parlament bis Ende Jahr eine Umsetzung der Initiative beschliessen muss. Gestern hat die Staatspolitische Kommission (SPK) des Nationalrats gesagt, wie das geschehen soll. Oberstes Ziel ist es, einen Konflikt mit der EU zu vermeiden, um die bilateralen Verträge nicht zu gefährden.

Die SVP, die mit der Initiative eine Rückkehr zu Höchstzahlen und Kontingenten fordert, unterlag durchs Band mit ihren Anträgen. Aber auch Vorschläge von Arbeitgebern und CVP, zumindest als Notmassnahme Höchstzahlen zur Zuwanderungsbegrenzung vorzusehen, nahm die SPK nicht auf. Dennoch sagte SPK-Präsident Heinz Brand (SVP) vor den Medien, die Kommission habe einen Kompromiss gefunden. Dieser spielt den Ball dem Bundesrat zu, der in erster Linie dafür sorgen muss, dass das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausgeschöpft wird. Dazu gehören Massnahmen, die auf eine höhere Beschäftigungsquote der Frauen zielen oder arbeitslose ausländische und ältere Arbeitskräfte integrieren. So soll die Nachfrage der Arbeitgeber nach neuen Arbeitskräften aus der EU reduziert werden. Dies und eine neue Stellenmeldepflicht für Arbeitgeber interpretiert die Kommission als «Inländervorrang», wie er von der SVP-Initiative gefordert wird.

## Bundesrat erlässt Meldepflicht

Die Meldepflicht für Arbeitgeber gilt aber erst, wenn die Zuwanderung aus EU und Efta einen Schwellenwert überschreitet und arbeitsmarktliche Indikatoren wie Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum oder Lohnentwicklung dafür sprechen. Die Kriterien für die Einführung der Stellenmeldepflicht muss der Bundesrat festlegen. Die Arbeitgeber müssen dann freie Stellen den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) melden. Eine Pflicht zur Anstellung von Inländern gibt es nicht. FDP-Nationalrat Kurt Fluri, Architekt der Vorlage, sprach

von 5000 bis 10000 Stellen, die durch Inländer statt neue EU-Arbeitskräfte besetzt werden könnten. Gegen die Meldepflicht könne die EU nichts einwenden.

Erst bei «schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen» kann der Bundesrat weitere Massnahmen beschliessen. Diese müssen zeitlich begrenzt sein und dürfen das Abkommen zur Personenfreizügigkeit mit der EU nicht verletzen. Theoretisch könnten Höchstzahlen oder Kontingente erwogen werden, die gegen die Personenfreizügigkeit verstossen. Doch dann müssen sie dem gemischten Ausschuss EU-Schweiz vorgelegt und von diesem genehmigt werden. Die Kommission lehnte es ab, dass die Schweiz Massnahmen einseitig in Kraft setzen kann, wenn sie vom Ausschuss nicht innert einer bestimmten Frist genehmigt werden.

Die Umsetzung der MEI wurde von der Kommission mit 16 gegen 9 Stimmen der SVP genehmigt. Die SVP wird im Nationalrat in der Herbstsession zahlreiche Anträge stellen, unter anderem auf Höchstzahlen zur Begrenzung der Zuwanderung. SVP-Nationalrat Gregor Rutz hält das SPK-Konzept für völlig wirkungslos. Er erinnerte daran, dass die Bundesverfassung seit dem Ja zur SVP-Initiative verlangt, dass die Schweiz die Zuwanderung eigenständig mit Höchstzahlen und Kontingenten steuert.

## CVP liess Höchstzahlen fallen

Der Bundesrat hatte vorgeschlagen, dass die Schweiz unilateral eine Schutzklausel erlässt, falls mit der EU keine Einigung zustande kommt. In der Kommission habe jedoch ein breiter Konsens geherrscht, dass die Schweiz keine einseitigen Massnahmen ergreife, sagte Fluri. Den Beschlüssen war in der SPK ein Ringen um Höchstzahlen und griffigere Formen eines Inländervorrangs vorgegangen. Die CVP liess jedoch ein Konzept mit Höchstzahlen fallen, weil es in der Kommission nicht mehrheitsfähig war. Neben FDP, SP und Grünen machte die zur CVP-Fraktion gehörende EVP-Vertreterin Marianne Streiff nicht mit.

Es sei immer klar gewesen, dass die SVP-Initiative nicht wortgetreu umgesetzt werden könne, weil sie gegen andere Verfassungsbestimmungen und das Freizügigkeitsabkommen verstosse, sagte Fluri. Das Bundesgericht habe angekündigt, dass es dem Abkommen den Vorzug gebe, sollte das Parlament mit der Umsetzung der SVP-Initiative gegen die Freizügigkeit verstossen.



Kurt Fluri, Heinz Brand und Gregor Rutz (v. l. n. r.) stellten gestern den Kommissionskompromiss vor. Foto: Ruben Sprich (Reuters)

## Reaktionen

### Und plötzlich sind fast alle einverstanden

Arbeitgeberverband und CVP zeigen sich zufrieden - obwohl sie Höchstzahlen wollten.

**Salome Müller**  
Bern

Die Bedingung der SVP, die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative müsse Höchstzahlen beinhalten, hat die Staatspolitische Kommission mit ihrem gestern präsentierten Vorschlag nicht erfüllt. Ein entsprechender Antrag von CVP-Präsident Gerhard Pfister fand in der Kommission keine Mehrheit. Trotzdem ist Pfister mit dem Schlussentcheid «zu 80 Prozent» zufrieden:

«Wichtig war, dass wir Abhilfemassnahmen einfügen konnten.» Solche kann der Bundesrat definieren, wenn die Zuwanderung einen bestimmten Schwellenwert überschreitet. Dass ein Antrag auf Höchstzahlen bei der Beratung im Nationalrat noch eine Chance haben könnte, bezweifelt Pfister - SVP und CVP haben dort knapp keine Mehrheit.

Auch für den Arbeitgeberverband scheint der Entscheid eine gute Nachricht zu sein: Direktor Roland A. Müller nennt ihn eine «gangbare Variante», bei der dank Inländervorrang und Schwellenwert die «Grundstossrichtung» stimme. Angesprochen auf die Höchstzahlen, die der Verband im Gesetz verankern wollte, erklärt Müller, man hätte sich diese als «Ultima Ratio vorstellen können». Mit der Möglichkeit für den

Bundesrat, Abhilfemassnahmen zu erlassen, verfüge man auch über eine Eskalationsstufe. Das sei zentral. «Die Frage ist jetzt, ob die SVP den Entscheid am Ende mitträgt», sagt Müller.

Zuspruch findet der Kommissionsentscheid bei den Parteien SP, Grüne, Grünliberale und BDP. Sie alle loben den Vorschlag als guten Kompromiss, der die bilateralen Verträge nicht gefährde. Bei den einzelnen Massnahmen müsse man allerdings noch viel nachbessern, sagt SP-Präsident Christian Levrat. Auch FDP-Fraktionspräsident Ignazio Cassis begrüsst den Entscheid. Die FDP-Fraktion habe sich allerdings nicht geschlossen hinter den Beschluss gestellt. Im Nationalrat könnten solche Abweichler wegen der knappen Mehrheitsverhältnisse den Entscheid kippen.

## «Die FDP ist eine Angsthassenpartei par excellence»

Christoph Blocher will kein Referendum, aber allenfalls eine neue Initiative. Ob die Kraft reicht? Er weiss es nicht.

**Mit Christoph Blocher sprach Doris Kleck in Bern**

**Herr Blocher, hat sich die SVP in der Kommission von Herrn Fluri übertölpeln lassen?**

Nein, die Kommission hat wie erwartet entschieden.

**Es gab Gespräche zwischen den Wirtschaftsverbänden und den Bürgerlichen. Weshalb kam es nicht zu einer Lösung mit der SVP?**

Mir war von Anfang an klar, dass die FDP nicht mitmachen wird. Für die FDP ist die EU wichtiger als das Schweizer Volk. Sie fürchtet sich vor einer Kündigung der bilateralen Verträge durch die EU, doch Brüssel hat kein Interesse daran. Die FDP ist eine Angsthassenpartei par excellence. CVP-Präsident Gerhard Pfister

wollte die Initiative zwar umsetzen, doch er ist nicht die CVP. Die Wirtschaftsverbände haben allerdings erkannt, dass man den Verfassungsartikel umsetzen muss, sonst gibt es ein böses Ende.

**Das heisst?**

Wird das Gesetz so umgesetzt, wie es die Kommission will, dann wird die Zuwanderung weiter zunehmen, die Erwerbslosenquote wird steigen, und die Kosten für Verkehr und Sozialbezüge werden in die Höhe schnellen.

**Können Sie im Hinblick auf die Debatte im Nationalrat noch einen Meinungsumschwung bewirken?**

Im Nationalrat wird das Gesetz wohl so durchkommen, wie es die Kommission will. Vielleicht haben wir noch eine Chance im Ständerat.

**Ergreift die SVP das Referendum, falls das Parlament den Vorschlägen der Kommission zustimmt?**

Ein Sieg in einer Referendumsabstimmung ist nichts wert. Wir wären wieder

am Punkt null, der aktuelle Zustand wäre weiterhin gültig. Der Aufwand dafür ist zu gross.

**Die SVP hat Erfahrung mit Durchsetzungsinitiativen.**

Wenn wir sehen, dass das Umsetzungsgesetz die Zuwanderung nicht massiv drosselt, wird die SVP eine Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit lancieren.

**Nennen Sie eine Zahl: Wie stark muss die Einwanderung abnehmen, damit die SVP zufrieden ist?**

Im Vergleich zu heute genügt ein Rückgang um 10 000 Leute sicher nicht. Mit



**Christoph Blocher**  
Der Alt-Bundesrat ist Strategiechef der SVP Schweiz.

**«Vielleicht haben wir noch eine Chance im Ständerat.»**

dem bewährten Kontingentsystem hatten wir bis 2007 im Durchschnitt eine Zuwanderung von 20 000 Leuten pro Jahr. An diesen Werten können wir uns orientieren.

**Was halten Sie vom «Inländervorrang light»?**

Pfui! Sie übernehmen dieses Wort, dabei kann die Massnahme von einer Stellenmeldepflicht nicht als Inländervorrang bezeichnet werden. «Inländervorrang» bedeutet, dass eine Firma belegen muss, dass sie keinen fähigen Inländer findet, bevor sie einen Ausländer rekrutieren kann. Die Vorschläge der Kommission werden nicht zu einem Rückgang der Zuwanderung führen.

**Was für ein Signal sendet die Kommission gegenüber der EU aus?**

In Brüssel werden sie sich freuen. Die werden denken, man müsse gar nicht mehr mit der Schweiz über die Personenfreizügigkeit verhandeln.

**Das hat sein Gutes: Die EU kann die Zuwanderungsfrage nicht mit dem Rahmenabkommen verknüpfen.**

Bern will neue Abkommen mit der EU, deshalb wird der Bundesrat einem Rahmenabkommen ohnehin zustimmen. Diese Verhandlungen werden weitergehen. Mit dem Entscheid, den Verfassungsartikel zur Zuwanderung nicht umzusetzen, sind die Chancen für das Rahmenabkommen in der Bevölkerung aber massiv gesunken. So krass wurde ein Verfassungsartikel noch nie nicht umgesetzt.

**Selbstbestimmungsinitiative, Kampf gegen das Rahmenabkommen, und nun drohen Sie mit einer neuen Initiative. Reicht Ihre Kraft für alles?**

Das weiss ich nicht.